

**Postulat Fraktion BDP/CVP (Béatrice Wertli, CVP): Bärenpark-Steg prüfen**

Der Zugang zum unteren Teil des Bärenparks ist zur Zeit für Eltern mit Kleinkindern sowie für Behinderte nur beschwerlich über eine Rampenstrasse erreichbar. Die Stadt ist zudem aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes (SR 151.3) verpflichtet, Behinderten die öffentliche Anlage zugänglich zu machen. Aufgrund des schwierigen Baugrundes, der bereits den Bau des Bärenparks massiv verteuert hat, ist mit erheblichen Kosten beim Bau eines Lifts oder einer „Drahtseilbahn“ zu rechnen.

Das vordere Mattequartier ist bis dato in der Aareschlaufe noch nicht mit dem Bärenpark verbunden. Alle Zugänge, die bis dato bestehen, sind zudem nur mit Kieswegen erschlossen, die sowohl für Kinderwagen als auch für Rollstuhlfahrende nur bedingt tauglich sind. Das Mattequartier ist via Senkeltram jedoch sowohl mit Kinderwagen als auch mit Rollstuhl erreichbar.

Der grosse Besucheransturm zum Bärenpark von oben her hat zwischenzeitlich bereits dazu geführt, dass die Nydegg-Brücke gesperrt werden musste. Ein einfach zugänglicher, weiterer Zugang zum Bärenpark fehlt.

Aus diesen Gründen bitte ich, den Gemeinderat zu prüfen, ob vom Mattequartier zum Bärenpark ein kinderwagen- und behindertengerechter Steg zu den Aareuferstufen gebaut werden könnte. Ähnliche Brückenprojekte haben Kosten um 800'000 Franken verursacht – ein Bruchteil dessen, was der Bau einer Liftanlage kosten würde.

Ein Bärenpark-Steg würde sowohl das Matte-Quartier als auch den Bärenpark aufwerten, alternativ erschliessen und das Problem des Zugangs zum unteren Teil sowohl für Familien mit Kinderwagen als auch für Behinderte lösen, touristischen Mehrwert schaffen – und dies erst noch zu einem vertretbaren Preis.

Bern, 24. Juni 2010

*Postulat Fraktion BDP/CVP (Béatrice Wertli, CVP), Kurt Hirsbrunner, Thomas M. Bürki, Martin Mäder, Henri-Charles Beuchat, Edith Leibundgut, Martin Schneider*

**Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 22. Dezember 2010

Der Gemeinderat